

Die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland: Einzelwirtschaftliches Denken, Nachplappern, Phantasiezahlen

Dr. Günther Grunert

Verfolgt man die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung in den deutschen Medien, so ist man zwischen Erstaunen, Verzweiflung und Ärger hin- und hergerissen. Da werden die zu hohen Lohnabschlüsse und zu hohen Lohnnebenkosten bejammert, obgleich – wie aus Statistiken des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ersichtlich – in den vergangenen 24 Jahren in keinem anderen wichtigen Industrieland mit Ausnahme des deflationsgeplagten Japans die Lohnstückkosten (die Lohnkosten je Produkteinheit; und zwar die gesamten Lohnkosten einschließlich aller Lohnnebenkosten) so geringfügig gestiegen sind wie in Deutschland. Da wird die hohe Staatsquote (die Relation der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt) für das deutsche Dilemma verantwortlich gemacht, obgleich diese ziemlich exakt dem Durchschnitt der 15 alten EU-Mitgliedsländer entspricht und das Wirtschaftswachstum in einigen Ländern mit höherer Staatsquote (Schweden, Frankreich) in den letzten fünf Jahren höher als bei uns war. Da wird erzählt, Deutschland müsse wieder international wettbewerbsfähiger werden und die Grünen-Politikerin Renate Künast ruft gar zum Kauf deutscher statt ausländischer Produkte als Beitrag für mehr Beschäftigung auf (die deutschen Unternehmen sollen also weiterhin massenhaft Güter an den Rest der Welt verkaufen, aber der Rest der Welt weniger an Deutschland), obwohl Deutschland nicht nur Exportweltmeister ist, sondern in den letzten Jahren riesige Handelsbilanzüberschüsse¹ erzielte – 156 Mrd. Euro im Jahr 2004, 130 bzw. 133 Mrd. Euro in den beiden Jahren zuvor. Da fliehen angeblich – glaubt man den zahlreichen Medienberichten und Redebeiträgen in den bekannten Talkshows – die deutschen Mittelständler massenhaft nach Tschechien, Ungarn oder Kirgisien; tatsächlich aber zeigt eine für den "MittelstandsMonitor 2005" von Creditreform durchgeführte Unternehmensbefragung, dass nur 1,9% der deutschen Mittelständler in Mittel- und Osteuropa investiert haben. Da sind sich alle einig, dass der deutsche Arbeitsmarkt unflexibel und verkrustet ist, obwohl allein die Tatsache, dass jedes Jahr in Deutschland etwa sechs Millionen Arbeitnehmer ihren Arbeitgeber wechseln (freiwillig oder durch Entlassung gezwungen), gegen diese Behauptung spricht. Da wird über die hohe Abgabenbelastung in Deutschland lamentiert, die eine massive Einschränkung staatlicher Leistungen erfordere, obgleich die deutsche Abgabenquote (die



Foto: Jolio Paglione, Brasilien-Relation von Steuern und Sozialabgaben zum Bruttoinlandsprodukt) mit 43,6% unter dem Durchschnitt der alten EU-Länder (44,2%) liegt. Die Liste der Halbwahrheiten, Fehldiagnosen, Verdrehungen und Mythen ließe sich problemlos fortsetzen, aber eine Beschäftigung damit würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Statt dessen möchte ich mich auf drei sehr typische Arten von Denkfehlern und Irreführungen beschränken, die besonders weit verbreitet sind und vielen der gängigen Horrorszenarien zugrunde liegen: das dominierende einzelwirtschaftliche Denken, das ungeprüfte Nachplappern von Glaubenssätzen und "passenden" Negativmeldungen sowie das Argumentieren mit reinen Phantasiezahlen.

1. Einzelwirtschaftliches Denken

Das einzelwirtschaftliche Denken entspricht der Alltagserfahrung und erscheint deshalb auch so einleuchtend: Wenn es einer Privatperson oder einem Unternehmen finanziell schlecht geht, müssen sie den Gürtel enger schnallen. Nimmt die Privatperson weniger ein, muss sie ihre Ausgaben reduzieren; ist das Unternehmen in Schwierigkeiten, muss es Arbeitskräfte entlassen, außertarifliche Leistungen an seine Beschäftigten kürzen, schon bestellte Maschinen stornieren. Beide müssen also die Kosten senken und sich einschränken, und was für das einzelne Unternehmen oder die einzelne Privatperson gilt, wird umstandslos auf ein ganzes Land übertragen. Es hat sich zu viel geleistet, es muss kollektiv den Gürtel enger schnallen.

Nun lässt sich aber leicht zeigen, dass einzelwirtschaftliche Entscheidungen oft zu gesamtwirtschaftlichen Resultaten führen, die diesen zuwiderlaufen. Jeder Einzelne strebt nach einem bestimmten Ziel, aber eben dadurch, dass alle danach streben, tritt ein völlig anderer, von keinem Einzelnengewollter Effekt ein. Das klassische Beispiel ist der vollbesetzte Kinosaal, in dem die Sicht nach vorn durch die jeweiligen Vorderleute eingeschränkt ist. Ein einzelner Kinogast kann sein Blickfeld

verbessern, indem er aufsteht. Um sich nicht zu verschlechtern, müssen dann aber auch die hinter ihm sitzenden Kinogäste aufstehen. Schließlich steht der ganze Saal und doch sieht niemand besser als wenn alle säßen, nur müssen nun alle die Mühe des unbequemen Stehens auf sich nehmen.

Solche "Konkurrenzparadoxa" oder "Rationalitätenfallen" treten sehr häufig im Wirtschaftsgeschehen auf. Ein Beispiel ist das Konkurrenzparadoxon der Ladenschlusszeiten: Für jeden einzelnen Ladeninhaber ist es – in einzelwirtschaftlicher Betrachtung – vorteilhaft, seine Öffnungszeiten zu verlängern, um so seinen Umsatz zu steigern. Wenn aber die anderen Anbieter nachziehen und alle Geschäfte länger geöffnet sind, müssen am Ende nur alle im Einzelhandel Beschäftigten länger arbeiten, ohne dabei mehr abzusetzen. Denn natürlich verfügen die Verbraucher nicht deshalb über mehr Geld, weil die Ladenöffnungszeiten ausgedehnt worden sind. Der deutsche Einzelhandel hat dies zu spüren bekommen: Preisbereinigt liegen die Einzelhandelsumsätze heute nicht höher als im Herbst 1996, als die Ladenschlusszeiten zum ersten Mal gelockert wurden, nur die Kosten sind für den Einzelhandel gestiegen.

Ein anderes Konkurrenzparadoxon besteht zum Beispiel darin, dass es für jedes einzelne Unternehmen – in einzelwirtschaftlicher Logik – vorteilhaft ist, die Löhne seiner Arbeitnehmer zu senken, weil es dadurch seine Produkte zu niedrigeren Kosten anbieten kann. Verhalten sich jedoch alle Unternehmen so, kann die allgemeine Lohnsenkung zu einem Nachfrageausfall führen, der negative Effekte für alle Unternehmen mit sich bringt. Auch die oben genannte Vorstellung, dass alle den Gürtel enger schnallen müssen, damit es allen irgendwann wieder finanziell besser geht, ist ein einzelwirtschaftlich geprägtes Denken, das die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen vollständig ignoriert. Natürlich sind für eine einzelne Privatperson oder ein einzelnes Unternehmen Kostensenkung und Sparen einleuchtende Maßnahmen zur Krisenbewältigung; in gesamtwirtschaftlicher Sicht stellt sich die Situation aber weit schwieriger dar. Wenn alle privaten Haushalte, Unternehmen und öffentlichen Haushalte gleichzeitig versuchen, ihre Lage durch Sparen, also durch eine Einschränkung ihrer Ausgaben, zu verbessern, schaden sie sich wechselseitig, da die Ausgaben des einen die Einnahmen des anderen sind. Verringerte Ausgaben des eines Wirtschaftssubjekts führen zu verringerten Einnahmen eines anderen Wirtschaftssubjekts, das dann seine Ausgaben noch mehr verringern muss, um seine Sparpläne zu realisieren. Geht beispielsweise eine Familie aus Sparmotiven nicht mehr zum Essen ins Restaurant, vermindert dies die Einnahmen des Restaurantbesitzers. Entlässt dieser dann eine Bedienung, verringern sich wiederum deren

Einnahmen. Vergibt der Staat weniger Aufträge an Baufirmen, um zu sparen, vermindert dies deren Erträge und folglich ihre Bereitschaft, mehr



Arbeitskräfte einzustellen oder neue Maschinen zu kaufen. Kurz: Wenn alle Wirtschaftssubjekte ihre Ausgaben vermindern, verringert dies auch ihre Einnahmen. So kann es sein, dass am Ende alle Beteiligten feststellen, dass sich ihre finanzielle Lage trotz harten Sparens nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert hat. In den Wirtschaftswissenschaften spricht man in diesem Zusammenhang vom "Sparparadoxon": Wenn alle mehr sparen, sparen alle weniger.²

Diese Rationalitätenfalle ist besonders problematisch, wenn ein so großer Akteur wie der Staat den Versuch unternimmt, in einer wirtschaftlichen Schwächephase seinen Haushalt über eine "Konsolidierungspolitik" zu sanieren. Hans Eichel hat dies schmerzlich erfahren müssen. Vergleicht man den Bundeshaushalt des Jahres 1999 mit dem des Jahres 2003, so zeigt sich, dass Eichel massiv zu sparen versuchte. Er hat nicht nur durch eine deutliche Senkung der Zahl der Bundesbediensteten den Anstieg der Personalausgaben gebremst, sondern zusätzlich den Sachaufwand und die investiven Ausgaben des Bundes um rund 5 Mrd. Euro gekürzt. Genützt hat es ihm nichts: Die Reduzierung der staatlichen Ausgaben schwächte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch das Wachstum und die Beschäftigung; die Folge waren geringere Steuereinnahmen (verstärkt durch immense Steuergeschenke an die Wirtschaft) und höhere Sozialtransfers, so dass die Sparanstrengungen kläglich scheiterten: Das Defizit im Bundeshaushalt lag, nachdem die deutsche Wirtschaft ab 2001 in eine bis heute andauernde Stagnationsphase eingetreten war, im Jahr 2003 deutlich über dem des Jahres 1999. Aus einer öffentlichen Verschuldung – so zeigt sich – kann man sich nicht herausparen, man muss aus ihr herauswachsen, d. h. eine Sanierung des staatlichen Haushalts ist nur bei deutlichem Wirtschaftswachstum und starker, stabiler Binnennachfrage möglich; in Phasen konjunktureller Schwäche ist es dagegen

geboten, die Konjunktur zu stützen und dafür temporär ein höheres Defizit und mithin auch eine steigende Schuldenstandsquote (Schuldenstand als Anteil am Bruttoinlandsprodukt) bewusst hinzunehmen.

Ein Grund für das gänzlich unterentwickelte gesamtwirtschaftliche Denken ist vermutlich auch darin zu sehen, dass die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland sehr stark von Unternehmern und Unternehmensberatern dominiert wird, die sich insbesondere in den hiesigen Polit-Talkshows im Fernsehen tummeln und deren Rat offenbar besonders gefragt ist. Gerade bei ihnen aber prägt nur die einzelwirtschaftliche Erfahrung das Verständnis von Wirtschaft. Dies führt dann zu solch grotesken Empfehlungen, wie sie vor geraumer Zeit der auch aus "Sabine Christiansen" etc. bekannte Unternehmensberater Roland Berger verkündete. In einem Land, das unter einer eklatanten Binnennachfrageschwäche leidet, betrachtet er sich als Vorbild, weil er spart: "Ich kaufe weniger ein. Ich fahre mein Auto ein Jahr länger. Demonstrativ-Konsum ist momentan nicht opportun. Man muss den Menschen ein Vorbild sein." (Süddeutsche Zeitung)

2. Nachplappern statt nachdenken

Ein zweites Charakteristikum der wirtschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre ist das Fehlen einer wirklichen Auseinandersetzung mit konträren Positionen. Da sich die meisten Politiker und fast alle Medien von "Bild" bis "Spiegel" im Grundsatz einig sind (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen), dass es so nicht weitergehen kann, dass schmerzhaft Einschnitte erforderlich sind, dass Deutschland grundlegend reformiert werden muss, dass wir über unsere Verhältnisse leben usw., gibt einer eine Behauptung oder Meldung vor und die anderen plappern sie gedankenlos nach. Wenn sowieso alle das Gleiche schreiben und meinen, warum nicht gleich voneinander abschreiben?

Ganz grob lassen sich zwei Varianten unterscheiden: Erstens die Verkündung von Glaubenssätzen und zweitens die Präsentation von Negativmeldungen über den Zustand der deutschen Wirtschaft. Die Gründe liegen auf der Hand: Glaubenssätze kann und braucht man nicht zu überprüfen oder zu beweisen, Negativmeldungen bringen eine höhere Einschaltquote oder Auflage.

Ein Beispiel für die erste Variante ist der Satz: "Wir leben über unsere Verhältnisse." Wer auch immer der Urheber dieser These gewesen sein mag, verkündet bzw. nachgeplappert wurde sie – manchmal leicht variiert – unter anderem von "Spiegel", "Bild", Edmund Stoiber, Gerhard Schröder, Katrin Göring-Eckardt, Angela Merkel, Friedrich Merz, Hans Eichel, Peer Steinbrück, Michael Meister, Wolfgang Schäuble, Michael Glos und vielen anderen, häufig nicht nur

einmal, sondern immer wieder. Was aber ist mit dieser Aussage gemeint, die ja offenbar so unstrittig ist, dass sie nicht näher begründet werden muss?

Nehmen wir als Beispiel Familie Meier: Wird festgestellt, dass sie über ihren Verhältnissen lebt, so bedeutet dies, dass ihre Ausgaben größer als ihre Einnahmen sind, sie sich folglich verschulden bzw. ihre Ersparnisse aufbrauchen muss. Lebt Familie Meier dagegen unter ihren Verhältnissen, so sind ihre Einnahmen höher als ihre Ausgaben, so dass ihr Geldvermögen wächst (oder ihre Schulden abnehmen). Im ersten Fall verzeichnet Familie Meier einen Ausgabenüberschuss, im zweiten Fall einen Einnahmeüberschuss.

Wie lässt sich nun dieses Beispiel auf eine ganze Volkswirtschaft bzw. ein ganzes Land übertragen? Logischerweise verfährt man hier ganz ähnlich, indem man alle Einnahmen der Bürger, der Unternehmen und der öffentlichen Haushalte eines Landes während z. B. eines Jahres aufsummiert und davon die Summe aller ihrer im gleichen Zeitraum getätigten Ausgaben abzieht. Gehen wir der Einfachheit halber zunächst davon aus, dass es sich um eine "geschlossene Volkswirtschaft" handelt, d. h. ein Land ohne Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland. Da einer Ausgabe bei einem Wirtschaftssubjekt stets eine Einnahme bei einem anderen, an der jeweiligen Transaktion beteiligten Wirtschaftssubjekt gegenübersteht, muss in einer geschlossenen



Volkswirtschaft in jedem Zeitraum die Summe aller Einnahmeüberschüsse gleich der Summe aller Ausgabenüberschüsse sein. Eine geschlossene Volkswirtschaft kann folglich gar nicht über ihre Verhältnisse leben. Daran ändern übrigens auch Staatsdefizite nichts, die häufig in Verbindung zum "Über-die-Verhältnisse-Leben" gebracht werden: Wenn die öffentlichen Haushalte eines Landes in einem Jahr beispielsweise 80 Mrd. Euro mehr ausgeben als sie selbst an Steuern einnehmen, lebt

deshalb keineswegs die Volkswirtschaft insgesamt über ihren Verhältnissen. Denn indem der Staat 80 Mrd. Euro Ausgabenüberschüsse tätigt, hat dadurch zwangsläufig die Gesamtheit der übrigen Sektoren (private Haushalte, nichtfinanzielle Unternehmen, finanzieller Sektor) 80 Mrd. Euro Einnahmeüberschüsse.

Nun ist Deutschland natürlich keine geschlossene, sondern eine offene Volkswirtschaft mit außenwirtschaftlichen Beziehungen. Könnte es also sein, dass die Deutschen auf Kosten anderer Länder leben, sich verschulden und die Schulden dann später möglicherweise nicht zurückzahlen können? Lebt Deutschland also vielleicht gegenüber dem Rest der Welt über seinen Verhältnissen?

Um diese Frage zu beantworten, muss man die Einnahmen, die die Inländer aus dem Ausland bezogen haben, und die Ausgaben, die sie für ausländische Waren und Dienstleistungen getätigt haben, gegenüberstellen. Diese Transaktionen werden in der Leistungsbilanz eines Landes erfasst.³ Verzeichnet ein Land einen Leistungsbilanzüberschuss, so nimmt es mehr Geld aus dem Ausland ein als es dort ausgibt. Es erzielt einen Einnahmeüberschuss und lebt mithin unter seinen Verhältnissen (es hat mehr produziert und verkauft, als es selbst für Investition und Konsum ausgegeben hat). Weist ein Land dagegen ein Leistungsbilanzdefizit auf, gibt es im Ausland mehr Geld aus als es von dort an Einnahmen bekommt. Es verzeichnet einen Ausgabenüberschuss und lebt folglich über seinen Verhältnissen.



Foto: Steve Evans, Indien

Wie sieht es nun mit der Leistungsbilanz Deutschlands aus? Deutschland hat seit 2001 einen Überschuss in der Leistungsbilanz, zuletzt (2004) betrug er 84 Mrd. Euro. Seit 2001 lebt damit Deutschland definitiv nicht über, sondern *unter seinen Verhältnissen*. Natürlich

gab es in der Vergangenheit – insbesondere in den 1990er Jahren – auch Jahre mit einer negativen Leistungsbilanz, jedoch war Deutschland in der Nachkriegszeit traditionell ein Land mit Leistungsbilanzüberschüssen (lebte also überwiegend unter seinen Verhältnissen) und hat deshalb eine Netto-Gläubigerposition gegenüber dem Rest der Welt (die Schulden des Auslands gegenüber Deutschland werden allein in diesem Jahr voraussichtlich um rund 120 Mrd. Dollar zunehmen). Ganz anders stellt sich übrigens die Situation in den häufig als Vorbild gepriesenen USA und Großbritannien dar, die mit jahrelangen hohen Leistungsbilanzdefiziten (zuletzt USA 750 Mrd., Großbritannien 40 Mrd. US-Dollar) tatsächlich über ihren Verhältnissen leben.

Kommen wir nun zur zweiten Variante, dem Nachplappern von Negativmeldungen. Auch hierzu ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Im Mai dieses Jahres behauptete das Nachrichtenmagazin "Focus" unter dem Titel "Vermögen – Rekordflucht ins Ausland", dass die Kapitalflucht aus Deutschland im ersten Quartal 2005 den Rekordwert von 150 Mrd. Euro erreicht habe und dass sich damit die Nettokapitalexporte im Vergleich zum ersten Vierteljahr 2004 fast verdoppelt hätten. Als Quelle für seine Daten gab "Focus" die Deutsche Bundesbank an. Die Focus-Nachricht wurde wenig später u. a. vom Bayerischen Rundfunk, ARD-Text, von der Berliner Morgenpost, dem Berliner Tagesanzeiger, der TAZ, dem Stern, B5 aktuell und natürlich auch von der lokalen NOZ übernommen, ohne dass sich irgend jemand der Mühe unterzogen hätte, den Wahrheitsgehalt der Focus-Nachricht zu überprüfen. Statt dessen rief die Meldung sofort diverse Politiker auf den Plan, etwa den FDP-Haushaltsexperten Otto Fricke, der aus den Daten ein gesunkenes Vertrauen in den Standort Deutschland herauslas oder den Osnabrücker FDP-Politiker Carl-Ludwig Thiele, der die – wie er sich ausdrückte – "gigantische Kapitalflucht" als Beleg für die Angst der Bürger vor einem "Schnüffelstaat" interpretierte.

Dabei hätte bereits ein kurzer Blick in den kostenlos erhältlichen und auch im Internet leicht zugänglichen Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Mai 2005 genügt, die Focus-Meldung als blanken Unsinn zu entlarven. Tatsächlich ist dort der Wert der Nettokapitalexporte im ersten Quartal 2005 mit nur 19,3 Mrd. Euro ausgewiesen (bei den von "Focus" genannten 150,4 Mrd. Euro handelt es sich um Kapitalausfuhren, denen Kapitaleinfuhren nach Deutschland in Höhe von 131,1 Mrd. Euro entgegenstehen). Zum Vergleich: Für das gesamte Jahr 2004 betrug die Nettokapitalausfuhr 99,8 Mrd. Euro. Von einem Anstieg im ersten Quartal 2005 kann also keine Rede sein.

Nun mag man einwenden, dass auch 19,3 Mrd. Euro eine Besorgnis erregende Zahl sind. Jedoch

erwirtschaftet Deutschland – wie oben erwähnt – aufgrund seiner exzellenten internationalen Wettbewerbsfähigkeit hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Einem Leistungsbilanzüberschuss muss aber nach der Saldenmechanik der Zahlungsbilanz auf der Finanzierungsseite zwingend ein Nettokapitalexport und/oder eine Nettodevisenbestandszunahme der Zentralbank gegenüberstehen. Vereinfacht ausgedrückt: Ein Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands bedeutet, dass sich die hiesigen Wirtschaftssubjekte bereit erklären, den Wirtschaftssubjekten in anderen Ländern Kredit dafür zu gewähren, dass diese mehr Güter konsumieren und investieren können als sie selber herstellen. Das Ausland verschuldet sich mithin gegenüber Deutschland, was in der deutschen Zahlungsbilanz als Kapitalabfluss erscheint. Dies ist natürlich nichts "Negatives" (auch wenn es so klingen mag), sondern schlicht die zwingende Folge der deutschen Exportüberschüsse.⁴

Fazit: Für Sorge oder gar Panik besteht also keinerlei Anlass. Es zeigt einmal mehr die "Seriosität" der Zeitschrift "Focus", dass diese, obgleich die Deutsche Bundesbank inzwischen in einem Leserbrief die falschen Zahlen korrigiert und sich ausdrücklich gegen eine Interpretation ihrer Daten als "Kapitalflucht" gewandt hatte, einige Zeit später den gleichen Unfug in ihrem Ableger "Focus Money" (als Einstieg in die Titelgeschichte) noch einmal auftischte.

3. Phantasiezahlen

Was macht ein Politiker, Lobbyist oder Journalist, wenn er gern wieder eine Schreckensmeldung präsentieren möchte, er aber partout keine empirischen Belege dafür findet? Nichts einfacher als das: Er denkt sich die passenden Zahlen einfach aus. Am 12. Juni dieses Jahres behauptete CDU-Generalsekretär Volker Kauder in der Talkshow "Sabine Christiansen", täglich würden aus Deutschland 1000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Zuvor hatte bereits Edmund Stoiber mehrfach von 50 000 Jobverlagerungen *pro Monat* gesprochen, während der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) von 50 000 verlagerten Stellen *im Jahr* ausgeht. Es überrascht nicht, dass die Daten so stark voneinander abweichen, denn es handelt sich um reine Phantasiezahlen. Tatsächlich existieren überhaupt keine gesicherten Daten über Jobverlagerungen. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man die mit einer solchen Zählung verbundenen Probleme bedenkt: So kann man nicht einfach eine rein substitutive Beziehung zwischen

Inlands- und Auslandsproduktion unterstellen, d. h. davon ausgehen, dass Auslandsengagements deutscher Unternehmen und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen Ländern mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten im Inland einhergehen. Denn häufig öffnet oder erweitert eine auswärtige Produktion "vor Ort" den Markt für die Produkte des Investors, zieht andere Güter seiner heimischen Produktpalette, Vor- und Zwischenprodukte und Investitionsgüter auf dem



Foto: CARF-Foundation, Brasilien

Exportweg nach, so dass positive Export- und damit Beschäftigungswirkungen im Herkunftsland entstehen, die jedoch schwer quantifizierbar sind. Sollman aber diese positiven Arbeitplatzeffekte einfach ignorieren, nur die im Ausland geschaffenen Jobs zählen und dann einen entsprechenden (Netto-) Export von Arbeitsplätzen ins Ausland behaupten? Oder: Ein international wettbewerbsschwaches, existenzbedrohtes Unternehmen der Schuh- oder der Bekleidungsindustrie verlagert Teile seiner Produktion in ein Niedriglohnland und hält auf diese Weise durch billige Zulieferungen aus den verlagerten Produktionsstätten die in Deutschland verbleibenden Fertigungen wettbewerbsfähig. Ist es sinnvoll, in diesem Fall nur den Arbeitsplatzabbau in Deutschland zu erfassen, ohne zu berücksichtigen, dass ohne Produktionsverlagerung das gesamte Unternehmen aus dem Markt ausgeschieden wäre?

Wenn es aber schon keine empirischen Belege für die Behauptung, Deutschland sei "Weltmeister im Export von Arbeitsplätzen" (so auch der "Spiegel"), gibt, lassen sich dann wenigstens Daten für die eng damit verknüpfte These finden, dass deutsche Unternehmen wegen der hiesigen Standortschwächen fast nur noch im Ausland investierten? Seit Monaten hören wir ja von "Bild" und "Spiegel" ebenso wie von Hans-Werner Sinn, dem Leiter des Ifo-Instituts in München,

dass Firmen massenhaft aus Deutschland fliehen, insbesondere nach Osteuropa.

Diese Behauptung lässt sich tatsächlich prüfen, und zwar anhand von Statistiken der internationalen Direktinvestitionen, die zeigen, in welchem Umfang sich Inländer an ausländischen Unternehmen beteiligt haben (hierzu zählt z. B. der Erwerb eines relevanten Aktienpakets oder anderer Kapitalbeteiligungen, aber auch der komplette Kauf eines ausländischen Unternehmens). Erst im Juni dieses Jahres hat die Industrieländerorganisation OECD entsprechende Daten für 30 OECD-Länder vorgelegt ("Trends and Recent Developments in Foreign Direct Investment", Paris 2005). Das Ergebnis dürfte viele überraschen: Danach haben die deutschen Unternehmen ihr Engagement im Ausland keineswegs – wie man nach den Medienberichten erwarten würde – deutlich gesteigert, sondern ganz im Gegenteil spürbar zurückgefahren: Der Wert deutscher Beteiligungen sank per Saldo im Jahr 2003 um 3,6 Mrd. und im Jahr 2004 gar um 7,3 Mrd. \$ gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Außer Deutschland haben im Jahr 2004 nur zwei weitere der 30 untersuchten Länder ihr Auslandsengagement reduziert, alle anderen Staaten dagegen erhöhten ihr Engagement jenseits der Grenzen, allen voran die USA und Großbritannien mit Neuinvestitionen im Ausland in Höhe von 252 Mrd. bzw. 65,4 Mrd. \$. Wie auch die Deutsche Bundesbank feststellt, bestätigen die Daten einen längerfristigen Trend, dass deutsche Unternehmen zunehmend weniger im Ausland aktiv sind. Hatten deutsche Firmen noch 1999 für mehr als 100 Mrd. \$ neue Beteiligungen und Werke im Ausland gekauft, so sanken danach die deutschen Direktinvestitionen kontinuierlich und sehr rasch, bevor in den letzten beiden Jahren sogar die genannte "Auflösung" von Direktinvestitionsvermögen erfolgte. Die deutschen Direktinvestitionen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas weichen dabei keineswegs vom allgemeinen Trend ab; auch sie haben in den letzten Jahren erheblich nachgelassen. Wie maßlos überzogen die Behauptung einer Firmenflucht nach Osten ist, zeigt allein die Tatsache, dass deutsche Unternehmen nach Angaben der "Financial Times Deutschland" seit Beginn der 1990er Jahre nur etwa 0,5 Prozent dessen, was sie in Deutschland investierten, im Osten investiert haben.

Die Empirie steht also in krassem Gegensatz zu den Behauptungen einer Massenflucht deutscher Unternehmen und einer dramatischen Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Aber schlechte Nachrichten verkaufen sich nun einmal besser, und wenn es sie nicht gibt, muss man sie eben erfinden. Manchmal kommt es auch zu "unfreiwilligen" Erfindungen: So beschäftigt sich Ifo-Chef Hans-Werner Sinn, der als Untergangsprophet und Standortneurotiker Dauergast in allen Medien ist, in

seinem bekannten Buch "Ist Deutschland noch zu retten?" mit der Frage, "wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verloren haben" (so der Titel eines Kapitels). Als Indiz für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit präsentiert er in der ersten Auflage seines Buches (2003) auf S. 71 eine Grafik, die einen sinkenden deutschen Exportanteil auf den Weltmärkten und andererseits einen erheblich höheren und wachsenden Exportanteil der USA zeigt. Dies überraschte sehr, war doch überall sonst von der außerordentlich dynamischen Exportentwicklung Deutschlands zu lesen. Des Rätsels Lösung: "Der klügste Professor Deutschlands" ("Bild") hatte Importe und Exporte verwechselt. Die von ihm in der Grafik als Beleg für den Wettbewerbsverlust abgebildeten sinkenden *Exportanteile* Deutschlands waren in Wahrheit sinkende Anteile an den *Weltimporten*. Offenbar wurde Sinn auf den Fehler in seinem Buch hingewiesen, denn in der nächsten Auflage war die Grafik ausgetauscht. Wer aber erwartet hatte, dass Sinn nun seine auf falschen Zahlen basierenden Schlussfolgerungen noch einmal überprüft oder gar korrigiert, wurde enttäuscht. In den Folgeauflagen seines Buches ist plötzlich der "Exportanteil auf den Weltmärkten" für den Ifo-Chef kein aussagekräftiger Indikator der Wettbewerbsfähigkeit mehr.⁵ Die von Sinn im Titel seines Buches gestellte Frage "Ist Deutschland noch zu retten?" lässt sich damit eindeutig beantworten: Mit Ökonomen seines Schlages sicherlich nicht.

Ausblick

Dieser Beitrag entstand größtenteils vor der Bundestagswahl 2005. Inzwischen nimmt die große Koalition Gestalt an, und obwohl sich weder der Reformkurs von Rot-Grün noch die extremere Variante von Schwarz-Gelb als mehrheitsfähig erwiesen hat, ist wenig wahrscheinlich, dass neue Konzepte die alten, erfolglosen ersetzen werden. Immerhin scheint sich allmählich die Erkenntnis durchzusetzen, dass man die Menschen mit einer permanenten Verbreitung von Horrormeldungen und Negativszenarien wohl kaum dazu motivieren kann,



freudig auf eine ausgedehnte Einkaufstour zu gehen und damit die seit Jahren extrem schwache Binnennachfrage anzukurbeln; schon gar nicht, wenn ihre Reallöhne gesunken sind (in Deutschland gingen die Reallöhne von 1995 bis 2004 um 0,9% zurück, während sie im gleichen Zeitraum z. B. in den USA um 19,6% und in Großbritannien gar um 25,2% anstiegen).

Jedoch werden realsatirische Kampagnen wie "Du bist Deutschland" wohl kaum dazu beitragen, die Stimmung und die Lage zu verbessern. Erforderlich wäre vielmehr – als erster Schritt – eine Versachlichung der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion, eine Überwindung der von Unternehmervertretern, Unternehmensberatern und Initiatoren einer "neuen sozialen Marktwirtschaft" geprägten Sicht- und Denkweise, um nach sechzehn erfolglosen Jahren von Schwarz-Gelb und sieben ebenso erfolglosen Jahren von Rot-Grün endlich zu einem neuen Ansatz jenseits der gängigen Ideologien von "Verzicht" und "Gürtel enger schnallen" zu finden.

¹ In der Handelsbilanz werden die Exporte und Importe von Waren, also von Autos, Fernsehern und anderen "anfassbaren Dingen", erfasst; bei einem Handelsbilanzüberschuss ist der Warenexport größer als der Warenimport.

² Für volkswirtschaftlich Interessierte sei das Sparparadoxon etwas genauer erklärt: Versucht jedes Wirtschaftssubjekt, aus gegebenem Einkommen mehr zu sparen als in der Vorperiode, kommt es zu einer Verringerung des Einnahme-Ausgabe-Stromes und einem negativen kumulativen Prozess; die Konjunktur schwächt sich ab und das Gesamteinkommen fällt. Weil die gesamte Ersparnis (hier im Sinne der Reinvermögensbildung, d. h. der Bildung von Geld- und Sachvermögen) jedoch unter der Prämisse der absoluten Einkommenshypothese (diese Hypothese geht ursprünglich auf J. M. Keynes zurück, für Interessierte: "The General Theory of Employment, Interest and Money", Kapitel 8) mit dem Einkommen abnimmt, kann es geschehen, dass trotz einer gestiegenen Sparquote die Gesamtersparnis dieser Periode aufgrund des Einkommensrückgangs niedriger als in der Vorperiode ist. Zwar sparen die Wirtschaftssubjekte jetzt aus einem gegebenen Einkommen mehr als zuvor (d. h. die Sparquote hat sich erhöht), aber das gesamte Einkommen ist aufgrund der versuchten Geldvermögensbildung so stark gesunken, dass das Mehrsparen dadurch überkompensiert worden ist.

³ Neben der Handels- und der Dienstleistungsbilanz umfasst die Leistungsbilanz noch die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (z. B. Zinszahlungen) und die Bilanz der laufenden Übertragungen (z. B. Transfers Deutschlands an die EU und an andere internationale Institutionen).

⁴ Leistungsbilanzüberschüsse und Nettokapitalexporte sind mithin zwei Seiten einer Medaille: Sieht man einmal von der Zentralbank ab, so entspricht dem Nettogüterexport ein Nettokapitalexport in gleicher Höhe. Wer also – wie der "Focus" und seine Nachplapperer – Nettokapitalexporte beklagt ("Kapitalflucht"), kann nicht gleichzeitig

Leistungsbilanzüberschüsse gutheißen ("Wir müssen international noch wettbewerbsfähiger werden").

⁵ Sinn sieht nunmehr in den deutschen Exporterfolgen nur Scheinerfolge. Der Exportüberschuss resp. Leistungsbilanzüberschuss sei ein "Indikator der Kapitalflucht aus Deutschland". Da – wie unter Punkt 2 dieses Beitrags erwähnt – ein Leistungsbilanzüberschuss zwingend mit einem Kapitalexport einhergeht, stellt Sinn die Zusammenhänge einfach auf den Kopf: Der Leistungsbilanzüberschuss sei die *Folge* davon, dass das Kapital aus Deutschland fliehe. Er werde dadurch möglich, dass Deutschland, dem das Kapital davonlaufe, seine Waren durch niedrige Inflation verbillige. Erstaunlich nur, dass Sinn wenige Seiten weiter die (seiner Ansicht nach) im internationalen Vergleich weit überhöhten westdeutschen Löhne anprangert. Wie es möglich ist, bei ständig zu hohen Löhnen die Inflation niedrig zu halten, bleibt Sinns Geheimnis.



Foto: CARF-Foundation, Brasilien